

Die post-kommunistische Linke in Osteuropa nach 15 Jahren Transformation Zustandsbeschreibung und Analyse. Einige Thesen

Der Ausgangspunkt der Entwicklung, der Staatssozialismus und seine Krise, bestimmt seit 15 Jahren das Profil der „post-kommunistischen Linken“¹: Sie repräsentiert sowohl Teile der mit dem Staatssozialismus eng verbundenen früheren Funktionärsschicht als auch der vom alten System besonders profitierenden Gruppen der Bevölkerung (Arbeiter der traditionellen Industrien, die „Aufbaugeneration“). Ein weiteres Merkmal vieler Parteien dieser Gruppe ist ihre „Sozialdemokratisierung“ – darunter wird hier v. a. die Bindung der gewandelten Staatsparteien an die Sozialistische Internationale (SI) verstanden.

Organisatorisch sind die erfolgreichen linken Parteien mit einigen wenigen Ausnahmen Nachfolger der früheren Staatsparteien, allerdings haben sie sich auf dem Weg vom Sozialismus zum Postsozialismus grundlegend gewandelt: Es gibt keine einzige der früheren kommunistischen Staatsparteien, die sich nicht nach dem Ende des Staatssozialismus sowohl in ihrem Programm und ihren Organisationsstrukturen als auch in der Zusammensetzung ihrer Mitgliedschaft tiefgreifend verändert hätte. Wenn von post-kommunistischer Linke gesprochen wird, dann sollte die Kontinuität zwischen den früheren Staatsparteien und ihren Nachfolgern nicht überbetont werden. Es genügt auf solche Tatsachen wie die vormalige enge Verflechtung der Parteien mit dem Staat (und seinen Sicherheitsapparaten), ihren ungeheuren Reichtum, die extreme innerparteiliche Zentralisierung („Fraktionsverbot“) zu verweisen, um diesen Unterschied deutlich zu machen. Selbst die am meisten „konservative“ Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KPBM) darf keinesfalls mit der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei zwischen 1970 und dem November 1989 gleichgesetzt werden.

Die meisten der hier untersuchten Parteien sind pluralistisch strukturiert, besitzen eher eine dezentrale als eine zentralisierte Struktur, weisen verschiedene Strömungen auf (z. B. die Slowakische Partei der Demokratischen Linken - SLD: Radikalsozialisten vs. Modernisierer/Muránsky/; KPBM: nichtkommunistische Reformer, Konservative, Neo-Kommunisten, Traditionalisten). Das führte in einer Reihe von Parteien wiederholt zu Abspaltungen, mindert jedenfalls die Fähigkeit der Führungen, ihre eigene Position in der Politik durchzusetzen.

Kontinuität von den damaligen Parteien zu den heutigen findet sich vor allem in einem Teil der Mitgliedschaft, weniger auf der Ebene der Führungen. Die sich wandelnden Parteien haben sich zuerst aus dem Griff der „Politbürokratie“ befreit, d.h. ihre bisherigen Führer abgesetzt. Sie haben der früheren Nomenklatura ihre Spitze genommen. Ihr Fortbestehen als Partei wurde nur dann möglich, wenn sie die tiefe Legitimationskrise, die darauf folgende Isolierung von der Gesellschaft (bis hin zu Verbotsforderungen bzw. – in einigen Ländern – vollzogenen Verboten), sowie den Schock des völligen Scheiterns ihrer bisherigen Zielvorstellungen überwinden konnten. Diese Krisenprozesse begannen zu unterschiedlichen Zeitpunkten und setzten sich verschiedenen lange fort. In der polnischen Staatspartei begannen sie zum Beispiel schon 1980-81 und waren mit der Auflösung der PVAP sowie der Neubildung als Sozialdemokratie der Republik Polen (SdRP) im Januar 1990 im Wesentlichen abgeschlossen. In der ungarischen Staatspartei, der USAP, verliefen

¹ Ich verstehe darunter vor allem die linken Parteien, die in besonderer Weise mit dem Staatssozialismus als Ordnung verbunden sind, darunter die direkten Nachfolger der Staatsparteien. In einem allgemeineren Sinne fasse ich in diesem Beitrag unter der „post-kommunistischen Linken“ auch die wenigen nichtkommunistischen Linksparteien, die in Osteuropa seit 1989 entstanden sind und sich entweder auf vorsozialistische historische Traditionen oder auf linke nichtkommunistische Initiativen in der unmittelbaren Krisenphase des Staatssozialismus beziehen. Generell geht es mir um solche Parteien, die sich durch ihren nachweisbaren Einfluss auf die Wähler in nationalen Wahlen (Parlaments- bzw. Präsidentenwahlen) als politisch relevant erwiesen haben.

sie heftiger und kürzer, von 1988 bis zum Oktober 1989 (Auflösung und Neugründung der Partei als Ungarische Sozialistische Partei - USP, bzw. Fortführung der alten Partei in einer Minderheitenentscheidung als Arbeiterpartei, seit kurzem Kommunistische Arbeiterpartei). In der Tschechoslowakischen KP dauerte die Krise vom November 1989 bis zum Parteitag in Prostějov im Jahre 1993. Sie ging mit Umbenennungen oder zumindest Debatten darüber und mit Abspaltungen kleinerer Gruppen einher.

Die wichtigsten Politikfelder, wo diese Parteien seit der Überwindung ihrer post-sozialistischen Identitäts- und Existenzkrise erfolgreich tätig waren, sind die Auseinandersetzung über die konkrete Gestaltung der Wirtschaftsreformen, über den konkreten Weg nach „Europa“ (also in die EU) sowie den Stellenwert der jeweiligen nationalen Interessen in diesem Prozess, die Auseinandersetzung mit der Geschichte der vorangegangenen Ordnung, vor allem insofern die Mitglieder der betreffenden Parteien selbst davon berührt waren, also als Reaktion auf Lustrationen und verschiedene Formen der Auseinandersetzung mit der besonderen Verantwortung der Mitglieder der Kommunistischen Parteien für Gewalt und Rechtsverletzungen vor 1989, Auseinandersetzung um die Gestaltung des Verhältnisses von Kirche und Staat bzw. um den Einfluss von Religion und Kirchen auf Schulen und konkrete Fragen der Lebensgestaltung wie Schwangerschaftsunterbrechung, die Rechte gleichgeschlechtlicher Partnerschaften u. ä. Wenn Parteien längere Zeit in der Defensive waren, bzw. ihre Identitäts- und Existenzkrise nicht abschließen konnten, dann stehen in diesem Zeitraum Fragen der Auseinandersetzung mit der staatssozialistischen Geschichte im Zentrum ihrer Politik. Sie sind in einer solchen Situation zu sehr „auf der Suche nach der verlorenen Zeit vor 89“ (Muránsky), finden Anklang vor allem im engeren Umkreis der vormaligen Mitgliedschaft der Staatsparteien; ihre Mitglieder und Wähler altern zusehends, bis sie letztlich zu Generations- (Rentner-) Parteien mutieren.

Man kann auch nicht behaupten, dass die post-kommunistischen Parteien die einzigen oder auch nur die aktivsten Vertreter der zahlreichen Verlierer der post-sozialistischen Reformen darstellen, die dem Protest der ärmsten und am meisten vom sozialen Abstieg bedrohten Gruppen der Bevölkerung eine Stimme geben. Wie die letzten beiden Wahlen in Polen zeigen, können rechte Parteien, die sich populistisch profilieren, diese Wählerschicht teilweise besser an sich binden. Der polnischen Partei für Recht und Gerechtigkeit (PiS), die bekanntlich die jüngsten Parlaments- und Präsidentenwahlen gewonnen hat, gelang das, weil sie sich entschloss, gegen ihren wichtigsten Wettbewerber, die liberale Bürgerplattform (PO), die „soziale Karte“ auszuspielen. Daneben wurden die Stimmen der polnischen Wendeverlierer durch die extremistischen und populistischen Bewegungen Liga der polnischen Familien (LPR) und Selbstverteidigung (SO) angezogen. Das wurde aber auch deshalb möglich, weil die polnischen „Post-Kommunisten“, v. a. das Bündnis der Linksdemokraten SLD (die umbenannte SdPR), einerseits gar nicht danach strebte, diese Schichten zu repräsentieren, und sich andererseits durch Korruptionsaffären einiger ihrer Politiker gerade bei den ärmeren Mitbürger/innen um jeden moralischen Kredit gebracht hatte.

Auch bei anderen Nachfolgeparteien, die nach 1989 Politik gestalten konnten, also an der Regierung (und besonders dadurch am Prozess der Privatisierung) beteiligt waren, treten solche Bereicherungs- und Korruptionsaffären immer wieder auf. Um einige Beispiele zu nennen: Sie verursachten die Ablösung der Bulgarischen Sozialistischen Partei (BSP) von der Regierung in den vorgezogenen Neuwahlen 1997, sie beeinflussten die Wahlniederlage der slowakischen SDL im Jahre 2002, die die Partei faktisch von der politischen Bühne des Landes gefegt hat, und sie spielen immer wieder auch bei den ungarischen Sozialisten von der USP eine Rolle. Im Übrigen war die letzte Regierungskrise der tschechischen Sozialdemokraten ebenfalls durch Korruptionsvorwürfe gegen den Ministerpräsidenten und Parteivorsitzenden ausgelöst. Das Problem der Korruption steht also nicht allein vor der post-kommunistischen Linken, nicht allein vor den Nachfolgern der Staatsparteien.

Wenn diese Parteien tatsächlich links sein wollen, dann müssen sie in Zukunft stärker um ihr soziales Profil kämpfen, denn als links kann man wohl mit Oskar Lafontaine verkürzt „das Eintreten für die sozial Schwachen“ (taz-Umfrage am 10.9.2005) bezeichnen. Die genannten Affären hingegen verweisen darauf, dass die betroffenen Parteien zumindest teilweise und in bestimmten Perioden als eine Art von klientelistischem Beziehungsnetzwerk zur Sicherung des Vorteils der eigenen Gruppe wirken.

Wie erfolgreich sind diese Parteien? Wenn man Erfolg an der Regierungsbeteiligung misst, dann sind die Nachfolger der Staatsparteien seit 1989 zumindest erfolgreicher gewesen, als man ursprünglich vermutet hatte. Sie waren nicht alle sofort wieder da, aber – mit einigen Ausnahmen – doch immer wieder in Regierungen vertreten, bzw. dominierten diese sogar inhaltlich. (Tabellen zum Wahlerfolg der Linken und zur Regierungsbeteiligung siehe Anhang.)

Diese Erfolge basierten auf unterschiedlichen Voraussetzungen:

Einerseits konnten sich die Nachfolgeparteien auf die reichen organisatorischen und kulturellen Ressourcen stützen, die sie aus dem Staatssozialismus mitgebracht hatten und zu konvertieren vermochten. Diese erwiesen sich als eindeutiger Startvorteil gegenüber den neuen, in der Bevölkerung wenig verankerten und mit Organisationsressourcen wenig ausgestatteten oppositionellen Parteien, besonders in Gesellschaften mit einem späten Beginn der politischen Öffnung des Staatssozialismus wie Bulgarien und Rumänien. Andererseits wirkte die Logik des Parteienwettbewerbs, in dem die Frustrationen und Fehler der regierenden Parteien in den folgenden Wahlen stets den sonstigen starken Teilnehmern des Wettbewerbs zugute kommen. Diesen Vorteil hatten vor allem die ehemaligen Staatsparteien in Ungarn und Polen, wo es im Spätsozialismus zu längeren Perioden der Liberalisierung gekommen war.

Schließlich wirkte als eine allgemeine Chance für die Linke das Vorhandensein eines Bedürfnisses an sozialem Schutz, an Absicherung, an Solidarität in breiten Teilen der vom Systemwechsel betroffenen Bevölkerungen Osteuropas. Dieses Moment trat allerdings erst nach Abklingen der post-kommunistischen Legitimationskrise ungefähr ab Mitte der 1990-er Jahre in den Vordergrund.

Anhang:

Wahlergebnisse linker Parteien in einigen Ländern Osteuropas nach 1989 (Angaben in Prozent)

Land/Partei	1. Wahl	2.	3	4.	5.	6.
PO/SLD	12	20	27	41	11	
PO/UP	2	7	5	Zusammen mit SLD)	4	
ČR/KPBM	13	14	10	11	19	
ČR /ČSSD	4	7	26	32	30	
SR/KSS	zusammen:	1		3	6	
SR/SDL	13	15	In KSV: 10	15	1	
SR/ŠMER	n.e.	n.e.	n.e.	n.e.	14	
SR/ZRS	n.e.	n.e.	7	-	-	
SR/SDSS	2	4	In Bündnis KSV: 10	In Bündnis SDK 26	-	
SR/SOP	n.e.	n.e.	n.e.	8	-	
SR/SDA	n.e.	n.e.	n.e.	n.e.	1	
HU/USP	11	33	33	42		
HU/KAP	4	3	4	2		

RO/FSN- FSDN- PSDR PSD	66	28	22	37	37	
RO/PSM	-	3	2	1	-	
BG/BSP-KB (ab '97)	47	33	44	22	17	31
BG/BE	-	-	-	6	1	-
SI/ZLSD	17	14	9	12	10	
SI/SSS	5	3	-	-	-	
SI/DeSUS	0,4	-	4	5	4	
HR/SDP	35	6	9	41 (mit anderen Parteien)	23 (mit Partnern)	
RU/KPRF	12	22	24	13		
RU/APR	8	4	-	4		
RU/ZR	8	5	2	-		
RU/NPS	n.e.	n.e.	n.e.	9		

Regierungsbeteiligung linker Parteien

Land/Partei	Jahre
Polen: SLD	1993-1997, 2001-2005
Tschechien: ČSSD	1998-heute
Slowakei: SDL	1998-2002
Ungarn: USP	1994-1998, 2002-heute
Rumänien: FSN/ PSD	1989-1996, 2000-2004
Bulgarien: BSP/KB	1989-91, 1994-97, 2005-
Slowenien: ZLSD	1993-1996, 2000-2004
Kroatien: SDP	2000-2003

Erläuterung der Parteinamen:

Polen:

SLD: Bündnis der Demokratischen Linken (zunächst Parteienbündnis, dann Partei) UP: Union der Arbeit, aus linken Vertretern von Solidarnosc gebildet

Tschechische Republik:

KPBM: Kommunistische Partei Böhmens und Mährens;
ČSSD: Tschechische Sozialdemokratische Partei

Slowakei:

ŠMER: Richtung (ab Dez. 2004: ŠMER-SD)
ZRS: Vereinigung der Arbeiter der Slowakei
SDSS: Slowakische Sozialdemokratische Partei
SOP: Partei der bürgerlichen Verständigung (1998-2003, dann aufgelöst)
SDA: Sozialdemokratische Alternative (2002 bis 2004, dann in SMER-SD)

Ungarn:

USP: Ungarische Sozialistische Partei
KAP: Kommunistische Arbeiterpartei

Rumänien:

FSN: Nationale Rettungsfront
FSDN: Nationale Demokratische Rettungsfront
PSDR: Partei der Sozialen Demokratie Rumäniens
PSD: Sozialdemokratische Partei
PSM: Sozialistische Partei der Arbeit, heute: Sozialistische Allianzpartei

Bulgarien:

KB: Koalition für Bulgarien (Hauptpartner: BSP, Bulgarische Sozialistische Partei)
BE: Bulgarische Euro-Linke

Slowenien:

ZLSD: Vereinigte Liste der Sozialdemokraten
SSS: Sozialistische Partei Sloweniens
DeSUS: Demokratische Partei der Rentner Sloweniens (teilweise im Wahlbündnis mit der SD)

Kroatien:

SDP: Sozialdemokratische Partei

Russland:

APR: Agrarpartei Russlands
ZR: Frauen Russlands
NPS Rodina: National-Patriotische Union Heimat